Deutsche Bank

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 17. November 2007 118. Jahrgang Nr. 31.641

Best Debt House in Argentina
EUROMONEY 2007 Awards for excellence
Deutsche Bank

„Brillanter Kopf“

Lousteau ist die Überraschung des neuen Regierungskabinetts

Vier Köpfe des künftigen Kabinetts: Der Neue Martín Lousteau, Alberto Fernández, Julio de Vido und Aníbal Fernández (von links nach rechts).

Buenos Aires (AT/cal) – Diejenigen, die ihn kennen, loben ihn in hohen Tönen, nennen ihn einen brillanten Kopf. Die Rede ist von Martín Lousteau, dem künftigen Wirtschaftsminister von Argentinien. Der erst 37 Jahre alte Ökonom ist denn auch die große Überraschung der neuen Zusammensetzung des Regierungskabinetts, das am 10. Dezember zu amtieren beginnt.

Am Mittwoch gab Kabinettschef Alberto Fernández in einer Pressekonferenz bekannt, wer als Minister in der Regierung der neu gewählten Präsidentin Cristina Kirchner bleiben und wer gehen wird. Er selber wurde in seinem Posten bestätigt.

Der derzeitige Präsident der Bank Provincia, Martín Lousteau, ist kaum bekannt und auf politischer Ebene eher unerfahren. Der Absolvent der angesehenen London School of Economics wird als moderater Wirtschaftler bezeichnet. Lousteau befürwortet unter anderem einen hohen Dollarwert, um den Binnenmarkt anzukurbeln. Er wird auf Miguel Peirano folgen, welcher vergangenes Wochenende seinen Unmut über gewisse Vorgehen im staatlichen Statistikamt (Indec) kundtat. Das Indec untersteht Peirano zwar, ist aber fest in den Händen von Guillermo Moreno, dem Staatssekretär für Binnenmarkt. Angeblich wollte Peirano auch aufgrund des Zwistes mit Moreno ohnehin als Wirtschaftsminister zurücktreten. Die Spekulationen, ob Peirano Mitglied des künftigen Kabinetts ist, führten jedenfalls dazu, dass Cristina Kirchner die offizielle Bekanntgabe der neuen Minister auf diese Woche vorverlegt hatte.

Weiter überraschte die Wiederernennung des Planungsministers Julio de Vido. Im letzten Jahr sorgte er einige Male für Schlagzeilen und warf ein schlechtes Licht auf die Regierung von Noch-Präsident Néstor Kirchner. So wurden unter anderem mehrere Mitglieder aus De Vidos Ministerium wegen Verdacht auf Korruption entlassen.

Der derzeitige Innenminister Aníbal Fernández bleibt zwar im Kabinett, wird aber neu das Ministerium für Justiz, Sicherheit und Menschenrechte innehaben. Dabei nimmt er alle nationalen Sicherheitskörper – darunter die Bundespolizei und die Gendarmerie – mit. Diese unterstanden bisher dem Innenministerium.

Neu erschaffen wird das Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Innovationen, indem die zwei ersten Bereiche vom Bildungsministerium abgekoppelt werden.

Insgesamt bleiben acht von zwölf Ministern des derzeitigen Präsidenten im kommenden Regierungskabinett bestehen. Dies löste bei den oppositionellen Politikern Kritik aus. Cristina Kirchner habe während der Wahlkampagne von einem Wechsel gesprochen, davon merke man kaum etwas.

Ministerien und ihre Chefs

Kabinettsleitung
Wie bisher: Alberto Fernández

Wirtschaftsministerium
Neu: Martín Lousteau

Planungsministerium
Wie bisher: Julio de Vido

Innenministerium
Neu: Florencio Randazzo

Justizministerium
Neu: Aníbal Fernández

Ministerium für Auswärtiges
Wie bisher: Jorge Taiana

Arbeitsministerium
Wie bisher: Carlos Tomada

Verteidigungsministerium
Wie bisher: Nilda Garré

Sozialministerium
Wie bisher: Alicia Kirchner

Gesundheitsministerium
Neu: Graciela Ocaña

Bildungsministerium
Neu: Juan Carlos Tedesco

Wissenschaftsministerium
Neu: Lino Barañao

Ein Mapuche heilt

Erster indigener Argentinier von Kirche selig gesprochen

Buenos Aires (AT/cal) – „Ceferino ist selig“, sagte der Gesandte des Papstes Benedikt XVI. Mehrere Zehntau-sende Pilger jubelten. Am letzten Sonntag ist in der patagonischen Provinz Río Negro der erste indigene Argentinier von der Kirche selig gesprochen worden. Ceferino Namuncurá heißt der vor mehr als hundert Jahren verstorbene Mapuche-Indianer – ein bekennender Katholik.

Für die groß angelegte Zeremonie im 2000-Seelen-Dorf Chimpay war der Staatssekretär des Vatikans, Kardinal Tarcisio Bertone, extra aus Rom angereist. In Anwesenheit von zahlreichen Mapuches, Kirchenmitgliedern und Politikern, etwa dem argentinische Vizepräsident Daniel Scioli, verkündete Bertone: „Ceferino ist bereits in Rom.“ Dabei sprach er von einem Abbild des Seliggesprochenen, das nun in der Sixtinischen Kapelle neben dem Gründer der Salesianer, Giovanni Bosco („Don Bosco“), steht. Die über 16.000 Salesianer Don Bosco sind nach den Jesuiten die zweitgrößte männliche Ordensgemeinschaft.

Ceferino Namuncurá kam 1886 in Chimpay auf die Welt, als Sohn eines bedeutenden Stammeshäuptlings. Später besuchte er auf seinen innigsten Wunsch die katholische Schule Pius IX. in Buenos Aires. Man sandte ihn nach Italien, wo er den damaligen Papst Pius X. kennen lernte. 1905 starb der Salesianer als 18-Jähriger an Tuberkulose in einem Spital in Rom. Seither soll er Menschen von Krankheiten geheilt haben, die ihn angebetet hatten. „Durch seine Liebe zu Jesus wollte Ceferino ein Priester sein, um seinen Mapuche-Brüdern den Weg zum Himmel zu zeigen“, sagte Papst Benedikt in seiner Sonntagsrede in Rom und grüßte von da aus Argentinien und die Argentinier, die sich mit Ceferino-Konterfeis auf dem Petersplatz versammelt hatten.

Berufsfahrer und Polizisten prügelten sich

22 Verletzte nach Protesten gegen neues Führerausweisgesetz

Buenos Aires (AT/cal) – Bilder einer Schlacht: Schlagstöcke, Gummischrot, Steine, Fäuste fliegen durch die Luft. Am Montag kam es im Stadtzentrum von Buenos Aires vor dem Gebäude des Stadtparlaments zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Buschauffeuren, Taxi- und Lastwagenfahrern und der Polizei. Die Bilanz: 22 Verletzte, davon 17 Polizisten; fünf Personen wurden festgenommen.

Zwar sorgten die Taxifahrer für Verkehrschaos, indem sie ihre Autos auf der stark befahrenen Avenida 9 de Julio einfach stehen ließen, dennoch begann die Demonstration der Dutzenden Mitglieder der Transportgewerkschaften anfänglich friedlich. Mit Fahnen – die sie später als Waffen einsetzten – marschierten sie zum Parlamentsgebäude nahe des Regierungssitzes Casa Rosada. Sie protestierten gegen das neue Punktesystem, das die Stadt für Fahrzeuglenker einführen will.

Wer ein Verkehrsdelikt begeht, dem sollen künftig eine bestimmte Anzahl Punkte der zwanzig anfänglichen abgezogen werden. Sind alle aufgebraucht, wird dem Lenker eine Zeit lang der Führerausweis entzogen. Dies das neue System.

An Montag tagte die Kommission für Verkehr, die die Gesetzvorlage fürs Punktesystem absegnen wollte. Die Berufsfahrer forderten einen Dialog mit den Parlamentariern und versuchten, sich Zugang ins Parlamentsgebäude zu verschaffen. Die Bundespolizei stellte sich in den Weg, darauf brach eine wilde Schlacht aus. Die Polizei ging mit Schlagstöcken und Gummigeschoßen gegen die Berufsfahrer vor.

Aus Protest gegen das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten kündigten die Transportgewerkschaften für die Nacht zu Dienstag einen 24-stündigen Generalstreik an. Dieser wurde dann in fieberhaften Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung zunächst abgewendet. Präsident Néstor Kirchner soll persönlich per Telefon mit dem Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes CGT, Hugo Moyano, gespochen haben.

Am Dienstag gaben verschiedene Stadtparlamentarier bekannt, sie werden nicht davon absehen, dieses Punktesystem einzuführen – über einige Änderungen der Gesetzesvorlage könne man allerdings sprechen. Am Mittwoch bereits kam es zu einem Treffen zwischen Politikern und Vertretern der Transportgewerkschaften. Man einigte sich, dass gewisse in der Gesetzesvorlage aufgelistete Vergehen herausgestrichen werden. Darunter fallen kaputte Rückspiegel oder Scheinwerfer. Die Buschauffeure seien ja nicht für den Zustand des Busses verantwortlich, sondern die Transportunternehmer.

Etwa in einer Woche kommt es zu einem zweiten Treffen. Die Abstimmung im Stadtparlament ist auf Ende Monat angesetzt. Die Taxifahrer drohen schon wieder mit einem Generalstreik.

Randglossen

Die Mediendiskussion über den Streit zwischen Wirtschaftsminister Miguel Peirano und seinem Untergebenen Guillermo Moreno, der direkt auf Präsident Kirchner hört, bewirkte die Vorverlegung der Ankündigung des künftigen Kabinetts. Peirano musste ausscheiden. Kirchner duldet nicht, dass seine Mitarbeiter sich in den Medien streiten. An seiner Stelle überraschte der nur 37-jährige Martín Lousteau als Nachfolger, der sich als Senkrechtstarter der argentinischen Politik entpuppte. Bestätigt wurden im Kabinett die beiden massgebenden Beamten, Alberto Fernández als Kabinettschef und Julio de Vido als Planungsminister, denen Machtgerangel nachgesagt wird, mit dem auch Cristina Kirchner fertig werden muss. Alles wie gehabt.

Drei Frauen begleiten künftig die Präsidentin im Kabinett. Einmal die bisherige Präsidentenschwester Alicia Kirchner als Sozialministerin, die bisher eine tüchtige Arbeit geleistet hat. Dann die Verteidigungsministerin Nilda Garré, die die Politik Kirchners zwecks Abbau der Militärmacht willig durchsetzt, und zuletzt die neu ernannte Graciela Ocaña, vormals mit der Oppositionskandidatin Elisa Carrió in deren verblichener Partei ARI liiert, als neue Gesundheitsministerin. Sie hatte als Leiterin des Rentnersozialwerks PAMI gute Arbeit geleistet. Neu sind die Ministerien für Wissenschaft, Technologie und produktive Innovation mit dem Chemiker Lino Barañao und das Justiz- sowie Sicherheitsministerium mit dem bisherigen Innenminister Aníbal Fernández, der künftig Polizei und Justiz betreut, während sein Nachfolger Florencio Randazzo als Innenminister für Partei- und Kongresspolitik zuständig ist.

Präsidentin ohne Zweifel

Buenos Aires (AT/cal) – Sie hat sie doch erreicht: die goldene Grenze. Cristina Fernández de Kirchner, die künftige Präsidentin Argentiniens, ist mit rund 45,3 Prozent der Stimmen gewählt worden. Dies geht aus den Resultaten der definitiven Auszählung hervor, die letzten Montag von der Wahljustiz veröffentlicht wurden. Nach der provisorischen Auszählung am Wahlsonntag vom 28. Oktober hatte Cristina Kirchner rund 44,9 Prozent der Stimmen erzielt.

Wer in Argentinien im ersten Durchgang die Präsidentenwahlen für sich entscheiden will, hat zwei Möglichkeiten: Entweder erreicht der Kandidat oder die Kandidatin mindestens 45 Prozent der Stimmen oder kann sich – falls er oder sie weniger schafft – mit einer Differenz von zehn Punkten zum Zweiplatzierten behaupten. Präsidentschaftskandidatin Elisa Carrió hoffte auf eine Stichwahl. Bei einem Resultat von rund 23 Prozent der Stimmen lag sie als Zweitplatzierte allerdings rund 21,9 Punkte hinter Kirchner. Das nun verkündete definitive Resultat, unterstreicht den Sieg von First Lady und Ehefrau des amtierenden Präsidenten Néstor Kirchner zudem.

Am Wahltag habe die Übermittlung der Resultate fehlerhaft funktioniert. Rund eine Million der Stimmen seien deshalb dem Gesamtresultat nicht angerechnet worden, begründete die Wahljustiz die neuen Zahlen.

WOCHENÜBERSICHT

López Murphy tritt als Chef zurück

Der Präsidentschaftskandidat der vergangenen Wahlen vom 28. Oktober, Ricardo López Murphy, hat überraschenderweise am Dienstag in der Stadt Buenos Aires verkündet, dass er als Chef seiner Partei Recrear zurücktritt. Der 56-Jährige, der in nicht einmal zwei Prozent der Stimmen erreicht hatte, argumentierte seinen Entscheid damit: „Ich übernehme die Verantwortung für meine Niederlage bei den Präsidentenwahlen." López Murphy hatte Recrear 2002 gegründet. Ein Jahr darauf belegte er als Kandidat für das Amt des Präsidenten den dritten Platz - mehr als drei Millionen Argentinier wählten ihn.

Iran fordert Festnahme von fünf Argentiniern

Eine Woche später, nachdem Interpol den argentinischen Haftbefehlen gegen fünf Iraner zugestimmt hat, schlägt Teheran zurück und fordert die Festnahme von fünf Argentiniern. Darunter sind der ehemalige Innenminister Carlos Corach, der frühere Präsident des jüdisch-argentinischen Kulturzentrums AMIA, Ruben Beraja, der Ex-Richter Juan José Galeano und zwei frühere Staatsanwälte. Die drei Letzteren ermittelten im AMIA-Fall. Iran klagt die fünf unter anderem wegen Bestechung, Propaganda gegen den Iran und das Verwenden von falschen Zeugenaussagen an. Beim Attentat auf die AMIA 1994 sind 85 Menschen gestorben. Argentinien sieht es als erwiesen, dass ranghohe iranische Politiker am Anschlag mitverantwortlich waren.

Zwanzig Touristen in Hostel beraubt

Im Stadtviertel Villa Crespo von Buenos Aires haben vergangenes Wochenende frühmorgens vier bewaffnete Vermummte ein Hostel in der Straße Scalabrini Ortiz überfallen. Zwanzig von den 28 anwesenden Touristen mussten all ihr Geld und verschiedene Wertgegenstände wie Laptops, Fotokameras und Handys den Eindringlingen übergeben. Die Räuber erhielten Zugang zum Hostel, weil eine Angestellte die Tür öffnete, im Glauben Gäste hätten geklingelt. Es kam zu keinen Verletzten. Die Diebe entkamen.

18 Jahre für Mörder der Schweizerin

Der Staatsanwalt hatte lebenslänglich gefordert. Das Gericht in La Rioja verurteilte den Hotelier Alcides Cuevas zu 18 Jahren Haft wegen Mordes an der damals 28-jährigen Schweizerin Annagreth Würgler. Die drei anderen wegen Mittäterschaft oder Verschwindenlassen von Beweismaterial Angeklagten wurden hingegen freigesprochen. Die Biologin war 2004 in der nördlichen Provinz La Rioja mit dem Fahrrad unterwegs gewesen. Sie traf nach Aussagen von Zeugen auf den Hotelier, der sie in seinem Kleinbus mitnahm. Darauf war sie verschwunden. Später fand man eine ihrer Sokken sowie Blutflecken und Patronenhülsen im Bus von Cuevas. Die Leiche wurde nie gefunden.

Vizekabinettschef nach Überfall im Koma

Nach rund vier Tagen erwachte Jorge Rivas, Vizechef des Regierungskabinetts, aus dem Koma – sein Zustand ist aber nach wie vor schlecht. Der Politiker wollte in der Nacht auf Montag imVorort von Buenos Aires, Lomas de Zamora, bei einer Apotheke Medikamente einkaufen. Als er das Auto parkierte, schlugen ihn zwei Unbekannte mit einem Schlag auf den Kopf nieder und stahlen sein Auto. Als man ihn ins Spital brachte, kannte man seine Identität noch nicht, sondern erst als die Polizei in einer Parkanlage zufälligerweise auf Rivas Aktentasche trafen. Später fanden sie auch das gestohlene Auto. Die Polizei vermutet, dass die Raubdiebe ebenfalls über die Identität ihres Opfers erschraken.

Patagonischer Autoraudi vorerst frei

Der frühere Minister der südlichen Provinz Santa Cruz, Daniel Varizat, ist am Freitag der vergangenen Woche nach drei Monaten aus der Untersuchungshaft vorerst entlassen worden. Er zahlte 15.000 Pesos Kaution. Der Politiker hatte im August mit seinem Auto 24 Personen verletzt, zum Teil schwer. Varizat war in der Provinzhauptstadt Río Gallego in eine Demonstration von Staatsangestellten geraten. Die Teilnehmer erkannten den ehemaligen Politiker der Provinz, beschimpften ihn und umzingelten sein Auto. Er bekam Panik, drückte aufs Gaspedal und fuhr durch die Menge. Bis es zum Gerichtsprozess kommt, darf Varizat in Freiheit bleiben.

Botnia verlädt erste Ladung Zellstoff

Auch die Proteste über Land, Wasser und Luft seitens der argentinischen Umweltschützer ändern nichts mehr daran: Die finnische Papierfabrik Botnia in Uruguay gleich gegenüber Argentiniens ist seit Freitag der vergangenen Woche in Betrieb. Bereits am Mittwoch wurde die erste Zellstoff-Ladung von 1500 Tonnen für Europa fertiggestellt und verladen. Während der ersten Tage der Inbetriebnahme wurden zahlreiche Wasserproben unternommen. Die finnischen Spezialisten zeigten sich zufrieden mit den Resultaten, die den Vorschriften entsprechen würden. (AT/cal)

Botnia und kein Ende

Kaum dass nach den Erklärungen der gewählten Präsidentin Cristina Kirchner, dass die Zellstofffabrik Botnia in Fray Bentos ihre Umweltverträglichkeit beweisen müsse, damit die Protestaktionen gegen sie in Gualeguaychú einzustellen seien, ein Anflug an Optimismus über eine Beilegung des bilateralen Streits aufkam, wurde der Optimismus in Santiago de Chile brutal zunichte gemacht.

Auf dem iberoamerikanischen Gipfel befand sich der spanische König Juan Carlos, den beide Präsidenten Kirchner und Vázquez gebeten hatten, eine Schlichtung ihrer Differenzen zu unternehmen. Kirchner verzichtete auf die Einladung des Königs, sich mit ihm und Präsident Tabaré Vázquez zu treffen und empfing statt dessen die aufgebrachten Umweltaktivisten aus Gualeguaychú, die die Brücke nach Fray Bentos seit einem Jahr gewaltsam sperren. Kirchner erklärte sich mit ihnen solidarisch. Das bewog Tabaré Vázquez, seine Ermächtigung an Botnia nach Montevideo zu telefonieren, nachdem er sie bis zum Ende des Gipfels verzögert hatte. Botnia begann sogleich mit der Fabrikation von Zellstoff.

Kirchner reagierte wütend und bezeichnete die Handlung seines uruguayischen Kollegen als einen Dolchstoss in den Rücken, obwohl er wissen musste, dass seine politischen Aktionen in Santiago de Chile, die Dreierkonferenz mit dem König und Vázquez abzusagen und sich mit den Aktivisten solidarisch zu erklären, den entscheidenden Schritt des uruguayischen Präsidenten bewirkt hatten. Der spanische Regierungspräsident José Rodríguez Zapatero versuchte nachher zu Besuch in Buenos Aires und Montevideo, den Dialog trotz allem wieder in Bewegung zu bringen. Vergeblich.

Vorerst bestehen keinerlei Aussichten, dass eine Einigung ausgehandelt werden kann. Für den spanischen König, der sich bereit erklärt hatte, den Streit zu schlichten und seinen UNO-Botschafter damit beauftragt hatte, stellten die politischen Handlungen beider Präsidenten anlässlich des Gipfels eine deutliche diplomatische Schlappe dar. Sie wurde danach durch den verbalen Streit zwischen Zapatero und dem venezolanischen Autokraten Hugo Chávez überdeckt, dem der König erbost nahelegte, endlich den Mund zu halten, nachdem Chávez dauernd die Erklärungen Zapateros unterbrochen hatte. Es ging dabei um die Qualifizierung des spanischen Konservativen Aznar als Faschisten durch Chávez, weil Aznar als Regierungspräsident Spaniens angeblich den Putsch von 2002 gegen ihn unterstützt hatte. Zapatero verteidigte seinen innenpolitischen Gegner als gewählten Demokraten gegen die Verunglimpfung als Faschisten, ein politisches Schimpfwort, das eher auf Chávez als auf Aznar passt. Chávez marschiert im Eilschritt mit seiner bevorstehenden zweiten Verfassungsreform auf die Alleinherrschaft, wie sie Faschisten mit oder ohne Stimmenmehrheit pflegen.

Die Fabrik Botnia produziert derweil Zellstoff, wobei anfangs ein leichter Gestank nach verbranntem Kohl anfällt, der als Übergangserscheinung von der Firma selber zugegeben wurde. Unterdessen organisieren die Umweltaktivisten in Gualeguaychú allerlei Messungen der Luft, des Wassers und des Bodens sowie der Gesundheit der Menschen, um gelegentlich feststellen zu können, dass Botnia die Umwelt verseucht und stillgelegt werden muss. Bis hierüber nicht endgültig Klarheit her-

gestellt wird, dürfte der Konflikt weiter gehen. Die Brücke zwischen Gualeguaychú und Fray Bentos dürfte auch den kommenden Sommertourismus benachteiligen, wobei abzuwarten ist, ob es den Aktivisten gelingt, auch die Brücken bei Colón und Concordia zu sperren, wie sie es mehrmals erreicht haben.

Unterdessen hat die Brückensperre gewaltigen wirtschaftlichen Schaden nicht nur in Uruguay, sondern auch in Gualeguaychú und Umgebung angerichtet, wo der Handel schrumpft, Geschäfte geschlossen werden und die Beschäftigung leidet. All dies ist den fanatischen Umweltaktivisten egal. Die Geschädigten schweigen, weil sie Repressalien befürchten, während Präsident Kirchner die Aktivisten unterstützt und deren illegale Strassen- und Brückensperren tatenlos duldet. Gouverneur Jorge Busti finanziert die Aktivisten mit Geldern der Provinzkasse und verbietet den Export von Holz, womit die blühende Forstwirtschaft der Provinz fühlbar geschädigt wird.

Ob Präsidentin Kirchner sich nach ihrer Amtseinsetzung am 10. Dezember ihrer vorwöchigen Erklärungen erinnern wird, bleibt derweil abzuwarten. Der Haager Gerichtshof, wo der juristische Streit zwischen beiden Regierungen ausgetragen wird, wird sich seine Zeit nehmen und beobachten, ob Botnia die Umwelt beschädigt, wie es die Aktivisten behaupten, oder keinen Schaden bewirkt, wie es die Firma betont. Je nachdem wird das Urteil ausfallen. Unterdessen exportiert Botnia Zellstoff und beide Länder leiden unter den Wirtschaftsschäden, die der Konflikt bewirkt.

AUSFLÜGE UND REISEN

Die Weinstraße im Valle Calchaquí

Bei Cachi und Payogasta im mittleren Calchaquí-Tal, Salta, befinden sich die nördlichsten Weingüter Argentiniens. Von hier aus ziehen sich die Rebenkulturen entlang dem Ostfuß der Anden über geschlagene 17 Breitengrade südwärts bis an den Lago Puelo in Chubut. Das sind Luftlinie fast zweitausend, exakt 1955 Kilometer.

Das Vordringen des Weins sowohl in Volumen als auch vor allem in Qualität hat bei uns in jüngster Zeit zum Aufblühen eines neuen Fremdenverkehrszweiges geführt, nämlich dem Bau von modernen und komfortablen Hotels - meist im herkömmlichen Kolonialstil - inmitten ausgedehnter Weinberge. Thema: Kennenlernen des Weinbetriebs vom Rebstock über die Traube, das Pressen und Gären bis hin zum Genuss des weißen, rosaroten oder purpurnen Endprodukts.

Nun werden die Keltereien nicht mehr von Reisenden besucht, um einen Blick auf Eichenfässer und Traubenpressen zu werfen und en passant einen Schluck des jüngsten Hausweins zu verkosten, sondern die Unternehmer versuchen, die Fremden in ihre Hotels zu locken, damit sie hier einem regelrechten Weintourismus fröhnen mit verschiedenen Kostproben für den Aperitiv, das Mittagessen, das Abendessen und den abschließenden Beruhigungstrank vor dem Schlafengehen.

Am intensivsten hat bisher Salta diese Aktivität gefördert und entlang der wichtigsten Verkehrsadern einen wahren Schilderwald entfaltet, um für die Ruta del Vino zu werben. Die Schilder weisen die Touristen, die diese Weinstraßen befahren, darauf hin, wie man zu den bekanntesten Bodegas, den Weingütern, gelangt.

Und von diesen gibt es gerade in Salta jede Menge. Eigentlich ist das ganze mittlere Calchaquì-Tal ein einziger riesiger Weingarten. Man erkennt das schon am tiefen Grün auf den Satellitenbildern. Entlang der Ruta 40 von Cachi über Colomé, Molinos, Angastaco, La Merced, San Carlos, Animaná, Cafayate bis Tolombón reiht sich ein Weingut an das andere. An manchen Stellen sieht man inmitten der Rebstöcke Hotels stehen, die mit verlockenden Angeboten, wieweil nicht immer zu populären Tarifen, die Touristen anzuziehen versuchen. So sind jüngst bei Cachi (La Merced del Alto), in Colomé (Estancia Colomé) und um Cafayate (Patios de Cafayate El Esteco und auch Viñas de Cafayate) mehrere Themen-Betriebe eröffnet worden, die mit intensiver Werbung, erstklassigem Service und ihrer unvergleichlichen Lage das Publikum anzuziehen versuchen. Sogar internationale Hotelketten wie Sheraton mit der fa-shionablen Herberge Esteco in Ca-fayate sind bei diesem Monopoly immer häufiger mit von der Partie. Die Zukunftsaussichten sind rosig.

Argentinien ist heute der viertgrößte Weinproduzent der Welt, die Kreszenzen genießen besten internationalen Ruf. Begünstigt wird das einerseits durch die hohe Heliophanie (Sonneneinstrahlung). Die meist sandigen Geröllböden der Schuttkegel bieten beste Voraussetzungen für das Gedeihen der Reben, die sich obendrein des Umstandes erfreuen, dass es hierzulande kaum Pilzbefall und auch keine Reblaus gibt.

Die Weinstraße beginnt bei Cachi.

Dadurch sind viele uralte Rebstöcke erhalten geblieben, doch zunehmend werden neue Sorten gepflanzt und Kreuzungen vorgenommen. Die Bewässerung durch Kanäle, bei der etwa 70% der Flüssigkeit ungenutzt versickerte, wird neuerdings durch Tröpfchenberieselung ersetzt.

Payogasta und Cachi liegen in rund 2500 Meter über dem Meer, Tolombón 1600 Meter hoch. Ein scheinbar unbedeutendes Detail, doch von großer Bedeutung für die Qualität der Reben und des Weins, wie Fachleute erst unlängst entdeckten.

Marlú

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

TABELLEN

Fußball

Torneo Apertura, Argentinien

16. Spieltag: Gimnasia - Racing 1:3, Central - Lanús 1:4, Banfield - Gimnasia J. 1:1, Colón - S. Lorenzo 0:0, Olimpo - Newell's 1:0, Huracán - River 2:1, Indep'te - Estudiantes 1:2, Tigre - S. Martín SJ 3:0, Boca - Vélez 4:0, Argentinos - Arsenal 4:0

Tabelle: 1. Lanús 33, 29:20; 2. Boca 30, 29:13; 3. Tigre 28,24:17; 4. Independiente 26, 30:19; 5. Argentinos 26, 27:19; 6. Banfield 26, 19:20; 7. River 23, 31:25; 8. Estudiantes 23, 22:18; 9. San Lorenzo 23, 24:25; 10. Vélez 23, 20:21; 11. Huracán 23, 18:20;
12. Racing 21, 22:21; 13. Gimnasia J. 20, 19:23; 14. Colón 19, 17:19; 15. Olimpo 19, 14:21; 16. Arsenal 19, 13:20; 17. Gimnasia 18, 13:19; 18. Newell's 18, 13:22; 19. San Martín 15, 13:23; 20. Central 10, 16:28.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:
www.allesdeutsch.com.ar
...für alle, die es deutsch mögen.

PERSONALNACHRICHTEN

Hochzeiten

Clara Welbers und Jérôme Thummel, am 17.11.

Todesfälle

Paul Bauch, am 9.11.

Familientreffen Moller-Klappenbach

Bei kühlem Frühlingswetter trafen sich am vergangenen Samstag 230 Nachkommen des Ehepaars Ernst Anton Moller (geb. 1836 in Rio de Janeiro - gest. 1895 in Buenos Aires) und Luisa Enriqueta Klappenbach (geb. 1842 in Buenos Aires - gest. 1918 in Hamburg). Das Paar wurde 1862 in der Evangelischen Gemeinde von Buenos Aires getraut.

Moller entstammte einem Hamburger Kaufmannsgeschlecht. Der Familienname ist im Frontispiz des Hamburger Rathauses eingemeisselt. Sein Grossvater Heinrich wanderte nach Portugal aus, wo sein Vater August zur Welt kam, der nach Brasilien weiter zog. Moller liess sich vor fast 150 Jahren in Buenos Aires als Kaufmann nieder. Die Familie pflegte Heimatbande mit Hamburg, wo die drei ältesten Kinder des Ehepaars (Ernst Oskar 1863, Elsa Cecilia 1864 und Eva 1867) geboren wurden, während die beiden jüngsten (Emilia Luisa „Lilly“ 1869 und August Wilhelm 1875) in Buenos Aires zur Welt kamen.

Luisa Klappenbach war Tochter des in Barr im Elsass, damals französisch, gebürtigen Ernesto Klappenbach, dessen Vater aus Halle in Deutschland stammte. Ihre Mutter war die Deutsche Elisa Hegener. Das Ehepaar hatte nur zwei Töchter, weshalb der Name Klappenbach in Argentinien von den zahlreichen männlichen Nachkommen von Jacques, hierzulande Santiago Klappenbach, Bruder von Ernesto, erhalten blieb. Die beiden Brüder waren zeitweise Bierbrauer in Palermo. Das Ehepaar Moller-Klappenbach ist mit mehreren Nachkommen im Deutschen Friedhof begraben.

Auf dem Familienfest in Beccar auf dem Sportgelände der Schule Marin fanden sich Nachkommen von vier Moller-Familien ein. Der jüngste Spross August Moller, der in der deutschen Kriegsmarine im Ersten Weltkrieg bis zum Fregattenkapitän avancierte und später Marineattaché in der deutschen Botschaft war, blieb kinderlos. Seine Geschwister hinterliessen insgesamt zwanzig Kinder, deren Enkel und Urenkel dem Fest beiwohnten, die meisten aus Buenos Aires und Umgebung und einige, extra hierfür angereist, aus Deutschland, der Schweiz, Kanada und den Vereinigten Staaten im Ausland sowie aus Córdoba, Mendoza und Pinamar in Argentinien.

Jeder Familie wurde eine Farbe zugewiesen, die den Namen und die Herkunft kennzeichnete. Da weder die Namen Moller noch Klappenbach vertreten waren, meldeten sich zahlreiche andere Namen, teilweise deutscher sowie auch anderer Herkunft. Für Ernst Oskar Moller, der mit Adele Kraft, Schwester des Verlegers Guillermo Kraft, verheiratet war, waren Namen wie Himmighoffen, Röhl, Burgio, Behrenz, Schütt und Spies anwesend. Für Else Moller, verheiratet mit Leopold Bohnen aus Burtscheid bei Aachen, zeichneten die Namen Alemann, Durlach, Lavia, Elustondo, Peper, Schlusselblum, Sammartino, Muslera, Chometowksi, Lindberg, Gebest, Patch, Ezcurra, Welbers, Arbolave und Dazin. Für Eva Moller, die Otto Kirschbaum aus Solingen in Deutschland ehelichte, waren die Familien Kirschbaum, Rodrigué, López Llovet sowie Frohwein zahlreich erschienen. Lilly Moller heiratete Edmund Möring aus Hamburg. Ein gleichnamiger Enkel Marcos Möring und seine Nichte Jaeschke vertraten diese Familie.

Bei Speise und Trank wurden die Anwesenden von den Organisatoren des Festes, Santiago und Carola Durlach, unterhalten. Zunächst sprachen in Vertretung jeder Familie Marcos Möring als Ältester und namens der gleichnamigen Familie, Roberto Alemann für die Familie Bohnen, Otto Kirschbaum für die gleichnamige Familie und Graciela Behrenz für den Stamm Moller. Alemann zeigte die Wappen der Familien Moller und Klappenbach, Kirschbaum hatte Photographien des Gründerehepaars mitgebracht, ebenso den Säbel des Kapitäns August Moller.

Zur Unterhaltung wurden die Anwesenden gebeten, die Hände auf Fragen zu erheben. Zahlreiche Hände erhoben sich, als gefragt wurde, wer Deutsch spreche und wer einen deutschen Pass besitze, ebenso wer blaue Augen habe, farbenblind, rothaarig, blond, linkshändig oder grösser als 1,90 Meter sei. Grosseltern und Urgrosseltern wurden ebenfalls gefeiert. Kalender für 2008 mit argentinischen Landschaften von Hans Spies, der zahlreiche Photographien aufnahm, und Auszeichnungen wurden verteilt.

Bei sonnigem Nachmittagswetter erfreuten sich die Kinder mit Spiel und Sport, während zahlreiche Erwachsene Kontakt mit unbekannten Verwandten anknüpften. Ein gelungenes, sicherlich seltenes Familienfest.

Sommerfest der Deutschen Botschaft

Buenos Aires (AT/AW) - Bei anfangs noch Sonnenschein, wenn auch weniger sommerlichen Temperaturen, versammelten sich am vergangenen Samstag viele Studenten und Familien im Garten der Deutschen Botschaft in Belgrano. Am Eingang bekam jeder Besucher ein Lebkuchenherz mit der Aufschrift “150 años” zur diesjährigen Jubiläumsfeier der deutsch-argentinischen Freundschaftsbeziehungen umgehängt. Die in schwarz-rot-gold gehüllten Stände lockten mit allerlei Köstlichkeiten aus Deutschlands größtem Bundesland. Schweinshaxn, Leberkäs und Weißwürste, Sauerkraut, Brezn, und Bier ließen bei blau-weiß gedeckten Tischen und dem Auftritt der Schuhplattler-Gruppe schnell bayrisches Biergartenfeeling aufkommen. Und so kamen einige Besucher in Versuchung, auch alle Speisen der Reihe nach durchzuprobieren, und binnen weniger Stunden waren Kuchen und Waffeln ausverkauft. Großer Beliebtheit bei den Kindern erfreuten sich der Schminkstand, die Clowns und die Tombola, wo vor allem die Fußball-Trikots begehrte Preise waren. Denn auch ein Jahr nach dem “Sommermärchen” sangen noch alle enthusiastisch zum WM-Hit der Sportfreunde Stiller mit. Live beglückte die deutsche Popsängerin Mia mit ihrem Auftritt die Besucher. Das junge Publikum tanzte begeistert zu ihrem bekanntesten Song “Tanz der Moleküle” mit. Der ausgelassenen Stimmung hätte so schnell nichts anhaben können, doch die aufziehenden Regenwolken bereiteten dem Fest dann leider ein viel zu rasches Ende.

Gut gelaunt und schrill gekleidet: Mia begeisterte ihr Publikum
(Foto: AW)

Passarella geht

Buenos Aires – Die Mannschaft patzte, nur Stunden später sagte der Trainer adiós. Nachdem River Plate im Halbfinale der Sudamericana am Mittwochabend im Elfmeterschießen gegen Arsenal mit 2:4 den Kürzeren gezogen hatte, verkündete Trainer Daniel Passarella seinen Rücktritt. Schon zu Saisonbeginn hatte der ehemalige argentinische Nationalspieler angekündigt, seinen Posten zu räumen, sollte River in dieser Spielzeit erneut keinen Titel holen. "Ich stehe zu meinem Wort", sagte er. "Ich hatte eine Abmachung mit den Fans und werde mein Versprechen nicht brechen."

Zuvor hatte seiner ersatzgeschwächten Mannschaft schlichtweg die spielerische Klasse gefehlt, das Ticket für das Finale des zweitwichtigsten südamerikanischen Vereinswettbewerbs zu lösen. Nach dem 0:0 in der vergangenen Woche im River-Stadion, sollten die 90 Minuten der regulären Spielzeit auch im Rückspiel torlos bleiben – trotz diverser Möglichkeiten auf beiden Seiten.

Schon in der dritten Spielminute hatte River Glück, als ein kraftvoller Schuss von Leonardo Biagini von der Latte abprallte. Wenige Augenblick später verfehlte Rivers Fernando Belluschi nur knapp.

Auch in der zweiten Halbzeit vergaben beide Mannschaften teils klare Torchancen. River wurde zudem durch die Verletzung seines Stars Ariel Ortega, der in der 21. Minute ausgewechselt werden musste, geschwächt. Kurz vor Schluss musste auch Oscar Ahumada (81.) in die Kabine, nachdem er Rot für ein grobes Foulspiel kassiert hatte.

Zum Pokal-Held avancierte Arsenal-Keeper Mario Cuenca: Schon während der regulären Spielzeit hatte er groß aufgetrumpft, im Elfmeterschießen sicherte er seinem Team die erstmalige Sudamericana-Finalteilnahme. (das)

Auslandsbeauftragter des VereinsDeutsche Sprache in Argentinien

Buenos Aires (AT/AW) - Der Auslandsbeauftragte des Vereins Deutsche Sprache, Prof. Manfred Schroeder, besuchte vergangene Woche das Argentinische Tageblatt und hielt am Freitag einen Vortrag in der Übersetzerkammer in Buenos Aires zum Thema "Die deutsche Sprache angesichts von Globalisierung, Angloamerikanisierung und Verdrängung". Seine weiteren Stationen in Argentinien werden Rosario und Córdoba sein, bevor er in Chile um Aufmerksamkeit für sein Projekt wirbt.

Sein Anliegen ist es, auf überflüssige Anglizismen im Alltag aufmerksam zu machen. "Service Point", "Ticket Counter" oder "Airport-Shuttle" seien nicht für alle Bürger erschließbar und führten somit zur Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung. So stört es Schroeder, wenn er über den Berliner Kurfürstendamm läuft und sein Enkel ihn alle paar Meter nach der Bedeutung der Reklameaufschriften fragt. Die Werbesprache in Deutschland bediene sich unnötig zu viel des Englischen. Beklagt wird vom Verein ebenso, dass die weltweite Nachfrage nach Deutsch sinke. Eine Erklärung dafür sieht man im Sprachgemisch, dem sogenannten "Denglisch". Schroeder beklagt auch, dass viele Schüler im Ausland lieber gleich beim Englischlernen blieben.

Der Verein zählt bisher um die 33.000 Mitglieder weltweit. Um ein gemeinsames Zeichen zu setzen, die deutsche Sprache wieder populärer werden zu lassen, ist ein internationaler Tag der deutschen Sprache geplant. Im Kampf zur Erhaltung der deutschen Sprache setzt sich der Verein auch für sprachlichen Verbraucherschutz in Deutschland ein und unterstützt einen Antrag an den Deutschen Bundestag, englische Werbesprüche ins Deutsche zu übersetzen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 3,15. Die Rofex Terminkurse betrugen zum 30.11.07 $ 3,128, 2.1.08 $ 3,145, 31.1. $ 3,160, 29.2. $ 3,172, 31.3. $ 3,185, 30.4. $ 3,198, 2.6. $ 3,210, 30.6. $ 3,220, 31.7. $ 3,233, 1.9. $ 3,245, 30.9. $ 3,258 und 31.10. $ 3,276.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,2% auf 2.268,07, der Burcapindex um 0,9% auf 8.209,65 und **der Börsenindex um 1% auf 125.614,02.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 23,6% auf $ 3,152.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 2.11.07 U$S 43,13 Mrd., der Banknotenumlauf $ 66,19 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 43,03 Mrd. bzw. $ 64,46 Mrd., einen Monat zuvor U$S 42,69 Mrd. bzw. $ 65,41 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 29,23 Mrd. bzw. $ 52,69 Mrd.

***

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 2.11.07 152,94%.

***

Ein Gericht in Comodoro Rivadavia hat den Schutzrekurs zurückgewiesen, der den Vertrag der Regierung mit PAE (Pan American Energy) vom 27.4.07 in Frage stellte. Er verlängerte die Konzession von PAE des Erdölvorkommens Cerro Dragón bis 2047. In erster Instanz hatte das Gericht den Rekurs des ehemaligen Senators Hipólito Solari Irigoyen und des ehemaligen Provinzabgeordneten David Patricio Romero angenommen. Das Urteil rechtfertigt das Vorgehen der Provinzregierung von Chubut und der gesetzgebenden Körperschaft derselben, das die Konzessionsverlängerung an Investitionsverpflichtungen, Förderung und Reserven bindet. Das Urteil hebt auch den Mangel an echter Representativität der Kläger hervor, die weder sujektiv, noch persönlich, noch direkt Geschädigte sind. Sie bewerten und belegen nicht den Schaden, den der Vertrag verursachen würde und können nicht als betroffen angesehen werden. PAE verpflichtet sich in dem Verlängerungsvertrag zu Investitionen von U$S 2 Mrd. bis 2017 und weiteren U$S 1 Mrd. in den darauffolgenden 10 Jahren, erhöht die Erdölgebühr der Provinz von derzeit 12% um 3%, garantiert eine Investition von U$S 80 in Offshore Arbeiten und schafft einen historischen Wiedergutmachungsfonds von U$S 120 Mio.

***

Mit einer Machthandlung, vergrössert die Regierung den Haushaltsplan 2007 um 23%. Der aussergewönliche Betrag von $ 26,11 Mrd. wird der öffentlichen Hand ohne vorherige Parlamentsdebatte eingegliedert. Ein Drittel davon wird durch Notstandsdekrete ausgegeben, der Rest durch Verwaltungsbeschlüsse und durch die Sondervollmachten des Kabinettschefs. Für die Regierung Kirchner war die zu geringe Voranschlagung der Staatseinnahmen, um über die sich daraus ergebenden Überschüsse nach freiem Ermessen zu verfügen, ein konstantes Prinzip. 2004 ergaben sich dadurch 16% bzw. $ 9,65 Mrd. freier Überschuss, 2005 18% bzw. $ 14,29 Mrd. und 2006 18% bzw. $ 16,63 Mrd. Dem Asap (Asociación Argentina de Presupuesto y Administración Financiera Pública) zufolge, werden es 2007 23% sein.

***

Zahlungen mit Kredit- und Scheckkarten machen bereits 22% des Zahlungsverkehrs aus. In den letzten 5 Jahren hat ihr Anteil um 38% zugenommen, wie der 15. internationale Kongress festgestellt hat, der von dem Card Club und Amba (Asociación de Marketing Bancario) organisiert wird.

***

Wie das Ieral der Mediterránea Stiftung ermittelt, betrug 1980 der Anteil der konsolidierten Ausgaben der Provinzen und Gemeinden an den gesamten Staatsausgaben 34%. 2006 waren es über 50%. Die Ermittlung erklärt die Zunahme in der schrittweisen Dezentralisierung von Ausgaben der Zentralregierung zu Lasten der Provinzen und der Provinzen zu Lasten der Gemeinden.

***

Endesa Costanera, das grösste Wärmekraftwerk des Landes, hat in den ersten 9 Monaten 07 durch grössere Selbstkosten um 177% grössere Verluste als ein Jahr zuvor. Der Verlust betrug $ 52,4 Mio. gegen $ 18,9 Mio. vor einem Jahr. Die Stromlieferungen brachten im Berichtszeitraum $ 1,07 Mrd. ein, gegen $ 773,7 Mio. im Vorjahr.

***

Celulosa Argentina arbeitet einen Investitionsplan aus, um die Kapazität ihres Werkes in Capitán Bermúdez, Provinz Santa Fe, um 22% zu vergrössern. Derzeit werden 180.000 Jato kurzstapeliger, gebleichter Zellstoff hergestellt. Die Investition kommt zu den U$S 15 Mio. die derzeit in Verbesserungen der Produktionsvorgänge investiert werden.

***

Wirtschaftsminister Peirano wird keinen Kabitettsposten unter Präsidentin Cristina Kirchner inne haben. Gegen alle Voraussicht erklärte er, dass seine Ministertätigkeit mit der Amtsperiode Néstor Kirchner abläuft.

***

Die Consulting-Firma Ecolatina (gegründet von Roberto Lavagna und gegenwärtig geleitet von Alberto Paz) schätzt, dass der Export von Dienstleistungen 07 um 25% (in Dollar) zunehmen wird, während die Warenexporte nur um 15% steigen werden. Wenn man Preisänderungen ausschliesst, sind es 20% bei Dienstleistungen und 7% bei Waren. Die Dienstleistungsexporte liegen gegenwärtig um 74% über dem Niveau, das sie vor der Aufgabe der Konvertibilität hatten, während die Dienstleistungsimporte das Niveau noch nicht erreicht haben, das sie vor der Krise hatten. Bei den Dienstleistungen spielt besonders der Tourismus in Argentinien eine Rolle, der stark zugenommen hat. Wie Ecolatina die gesamten Dienstleistungsexporte ermittelt, wurde nicht mitgeteilt. Denn in den letz-

ten Jahren sind die Exporte von Informatik-Software verschiedener Art (einschliesslich Plänen für Wohnungen u.dgl.) explosiv gestiegen, wobei jedoch weder das Zollamt noch die ZB davon erfahren. Man kann somit davon ausgehen, dass die Dienstleistungsexporte noch stärker gestiegen sind, als es Ecolatina angibt.

***

07 ist das letzte Jahr, in dem Verluste bei der Berechnung der Gewinn-steuer verrechnet werden können, die durch die Megaabwertung von 2002 entstanden sind. Bei den Zahlungen der Gewinnsteuer von Unternehmen, die im Mai 08 fällig sind, wird somit diese Abzugsmöglichkeit aufgebraucht sein. Die AFIP rechnet aus diesem Grund mit höheren Einnahmen bei der Gewinnsteuer, wobei einige Schätzungen von Experten bis auf $ 20 Mrd. gehen.

***

Die Zeitung „Clarín" berichtet, dass die Regierung schon die Entscheidung getroffen hat, den staatlichen Kapitalanteil an Aerolineas Argentinas um 15% auf 20% zu erhöhen, wobei dabei einfach angebliche Schulden des Unternehmens an die AFIP, die Luftwaffe und den Flughafenbetreiber Aeropuertos Argentina 2000, kapitalisiert werden. Das Unternehmen gibt indessen an, keine Schulden an das Steueramt, noch an den argentinischen Staat, zu haben. Der Flughafenbetreiber fordert u$s 20 Mio., aber Aerolineas Argentinas weist darauf hin, dass die Tarife für das Unternehmen eins zu eins in Pesos umgewandelt wurden, so dass es keine Schulden hat. Der Fall wird vor der Justiz ausgetragen. Ein weiterer Streitpunkt bezieht sich auf den Wert des Kapitals, das nominell durch die Inflation verwässert wurde, jedoch beim Einstieg eines Grossaktionärs durch Kapitalerhöhung richtig bewertet werden muss. Im Juni 06 war in Madrid zwischen der argentinischen Regierung und Aerolineas Argentinas vereinbart worden, den staatlichen Kapitalanteil von 1,5% auf 5% zu erhöhen, mit der Möglichkeit später 20% zu erreichen.

***

Der ehemalige Schatzsekretär und Wirtschaftsexperte Manuel Solanet warnt in einem Artikel in der Zeitung „El Cronista" vom 13.11.07 über die Entwicklung der Staatsfinanzen. In 10 Monaten 07 lagen die Ausgaben des Nationalstaates um 54% über dem Vorjahr, und die Einnahmen waren um 35% höher. Ohne die Übertragung von Mitteln, die die privaten Rentenkasen verwalteten, an den Staat (die als laufende Einnahmen gebucht wurden), hätte der primäre Überschuss in den Monaten August, September und Oktober nicht ausgereicht, um die Zahlungen von Zinsen der Staatsschuld zu decken, so dass ein echtes Defizit entstanden wäre. In der Vorwoche hat Präsident Kirchner angeordnet, dass die Zunahme der Ausgaben des Nationalstaates gegenüber dem Vorjahr im November und Dezember auf 38% begrenzt werde (was angeblich der Zunahme der laufenden Einnahmen entspricht). Solanet frägt sich, wie man dieses bescheidene Ziel erreichen kann, ohne ein Rationalisierungsprogramm und ohne Tariferhöhungen bei entsprechender Verringerung der Subventionen. Die Antwort auf die Frage ist indessen einfach: begonnene Staatsinvestitionen erhalten weniger Finanzierung und werden gestreckt oder stillgelegt. Da der Staat eine Buchführung auf Kassenbasis hat, werden voraussichtlich auch Zahlungen (wie u.a. das halbe zusätzliche Monatsgehalt, das normalerweise im Dezember gezahlt wird) auf das Jahr 08 verschoben.

***

M. Bentítez, der neue Präsident der Argentinischen Bergbaukammer CAEM, erklärte, 70% der argentinischen Bergbaugebiete seien noch unerforscht. Agentinien war kein Bergbauland wie Chile. In den letzten Jahren habe sich das gebessert. Von 2001 bis 07 habe die Bergbauförderung von U$S 1,12 Mrd. auf U$S 3,43 Mrd. zugenommen. Ein weiterer Faktor seien die Investitionen, die in diesem Jahr für U$S 2,9 Mrd. erwartet werden.

***

Nach Angaben des Argentinischen Kapitalmarktinstituts IAMC, nahm die Börsenfinanzierung lokaler Unternehmen in den erste 10 Monaten 07 im Vorjahresvergleich um 30,3% auf $ 5,97 Mrd. zu. Bei der reinen Finanzierung sei die Zunahme um 91% auf $ 5,52 Mrd. noch bedeutender. Im Bezugszeitraum entfielen 95,5% auf grosse Unternehmen, davon über 50% auf Obligationen, 34% auf Treuhandgesellschaften und 16% auf Aktienauflagen. Kleine und mittelständische Unternehmen beschafften sich 63,9% ihrer Finanzierungen durch den Handel mit vorausdatierten Schecks, 35,4% durch Treuhandfonds und 0,7% durch Obligationen.

***

Eine Unternehmergruppe wird die Yoma Gerberei in Nanogasta, Provinz La Rioja, für 90 Tage, mit einer endgültigen Kaufabsicht, übernehmen, wie Provinzgouverneur Beder Herrera bekanntgab. Interessenten sind der Mattievich Schlachthof in Santa Fe, der Schlachthof Visom und das Chemieunternehmen Ramco. Die Gerberei wird von einem Konkursgericht in Chilecito verwaltet, die erste nationale und internationale Ausschreibung ist für den 6.12.07 vorgesehen. Sollte kein Interessent auftreten, ist eine 2. Ausschreibung, und dann eine 3. ohne Grundpreis, vorgesehen. Die genannte Unternehmergruppe und die Provinzregierung erwägen, ob sie vor oder nach diesem Datum ein Abkommen unterschreiben sollen.

***

Im 3. Quartal 07 seien die Mieten im Vorjahresvergleich um 17,8% teurer geworden sein, wie das Wirtschaftsforschungsinstitut der Unternehmensuniversität ermittelt hat. Das Angebot an Mietwohnungen habe in dem Zeitraum um 7,7% zugenommen. Die Dollarpreise von neuen und bereits bewohnten Etagenwohnungen im Nordgebiet von Buenos Aires Stadt nehmen weiter zu. Die neuen Wohnungen sind im Vergleichszeitraum um 17%, Altwohnungen um 23,9% teurer geworden.

***

Der Strombedarf habe im Oktober im Vorjahresvergleich um 4,3% zugenommen, wie die Fundelec Stiftung bekanntgab. Im Vergleich der ersten 10 Monate betrage die Zunahme 6,2%. Im September 07 wurden 8.082 GWh geliefert, im Oktober 8.370 GWh. Die Provinzen mit den grössten Zunahmen gegenüber dem Vorjahresoktober sind Neuquén 17,1%, Cordoba 13,3%, Jujuy 12,6%, Chaco 10,3% und Misiones 10,2%. Verringerungen des Stromverbrauches verzeichneten im selben Vergleich Santa Cruz mit 14,6%, Chubut mit 16%, San Juan mit 11,3%, Formosa mit 5% und Catamarca mit 0,3%. Im Gebiet Gross Buenos Aires, und Gross La Plata betrug die Zunahme 5,89%.

***

In den ersten 9 Monaten 07 wurden Gemüse und Hülsenfrüchte für U$S 1,03 Mrd. ausgeführt, um 32,8% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, wie die Beraterfirma IES mitteilt. Frischobst wurde für U$S 778,2 Mio. ausgeführt, um 29,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Gemüse, 24,7% der Ausfuhren, brachte U$S 255,9 Mio. um 44% mehr als im Vorjahr. Die Gemüseernten waren um 13,8% geringer als vor einem Jahr, die von Obst um 8,7%, insgesamt 8,5 Mio. t, ähnlich wie 2000 und 2001. Das ungenügende Inlandsangebot von Gemüse bewirkte um 1.481,6% grössere Einfuhren für U$S 8,3 Mio. Von Frischobst wurden 235.000 t eingeführt, davon 94,8% Bananen und 2,9% Ananas und Kiwis.

***

Im Rahmen des Ingentis Vorhabens wird in der Provinz Chubut, nahe der Ortschaft Esquel, ein neues 100 MW E-Werk gebaut. Die ersten 50 MW sollen im September 08 verfügbar sein. Die Investition werde $ 173 Mio. betragen. Auch sei eine 132 kV Trafostation vorgesehen, sowie die Anpassung an die 132/330 kV Station von Futaleufu, zum Anschluss an die Hochspannungsleitung Futaleufu/Puerto Madryn. Es ist das 2. Abkommen der Provinzregierung von Chubut mit der Firma Emgasud in weniger als 10 Monaten und im Rahmen des Energieinvestitionsplanes mit echten Mitteln.

***

Die Ausfuhren von Getreide, Ölsaat und ihren Produkten haben von Januar bis Mitte November U$S 15 Mrd. eingebracht, den grössten Betrag im Jahrfünft 2003/7, wie die Kammern Ciara und Cec bekanntgaben. Die bedeutenden Devisenein-

Staat zahlt 10,5% in Dollar

Am Mittwoch hat das Schatzamt Bonds für u$s 573,92 Mio. zu 10,5% jährlich auf dem lokalen Finanzmarkt untergebracht, nachdem eine Ausgabe in Höhe von nur u$s 250 Mio. angekündigt worden war. Es handelt sich um Bonar X, auf 10 Jahre (die 2017 verfallen), zu 7% jährlich, bei Zahlung im zwei Jahresraten, und voller Amortisation bei Verfall. Der Zinssatz liegt um 2 Punkte über dem, den der argentinische Staat im Juni 2007 zahlte, als Ttitel für u$s 500 Mio. zu 8,44% untergebracht wurden. In der Regierung wird die Zunahme auf die Finanzkrise zurückgeführt, die in den USA durch Hypotekarkredite ausgelöst wurde, die bei gestiegenen Zinsen nicht bedient werden konnten. Wie weit jedoch der Regierungswechsel, die Inflationsaussichten und die Tatsache mitgewirkt haben, dass die Finanzen des Nationalstaates keinen echten Überschuss mehr aufweisen, sei dahingestellt. Die lokalen Banken, die diese Staatspapiere übernehmen, verfügen auf alle Fälle über entsprechend weniger Mittel für Kredite an die Privatwirtschaft, sofern sie die Papiere nicht weitergeben. Zum internationalen Finanzmarkt hat der argentinische Staat keinen Zugang, u.a. wegen des ungelösten Problems mit den „holdouts".

Der hohe Zinssatz weist erneut darauf hin, dass es keine gute Entscheidung war, die Schuld an den IWF von fast u$s 10 Mrd. vorzeitig zu tilgen, da hier Zinsen um 5% jährlich gezahlt wurden. Ebenfalls erscheint es nicht klug, die Verschuldung gegenüber der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank um mehrere Milliarden Dollar abgebaut zu haben, statt zu erreichen, dass die Kreditamortisationen durch neue Kredite in gleicher Höhe ersetzt werden. Auch in diesen Fällen handelt es sich um relativ niedrige Zinsen, die mit Provisionen höchstens 8% jährlich erreichen.

In den nächsten 15 Tagen muss das Schatzamt Amortisationen von Staatspapieren in Höhe von u$s 2,2 Mrd. zahlen. Es wird dabei auch an die Möglichkeit gedacht, Vorschüsse von der ZB zu erhalten, oder Titel bei den Rentenkassen oder den Staatsämtern ANSeS oder AFIP unterzubringen, die dank ihrer finanziellen Unabhängigkeit Überschusse aufweisen, die nicht direkt an das Schatzamt abgeführt werden. Die AFIP erhält einen Prozentsatz auf die Steuereinnahmen zwecks Dekkung ihrer Ausgaben, wobei bei der starken Zunahme dieser Einnahmen ein Überschuss verbleibt.

gänge sind nicht nur auf die grösseren Mengen zurückzuführen, sondern auch auf die internationale Hausse von Getreide, Ölsaat, Pflanzenmehle und -öl.

***

Die brasilianische Fluggesellschaft VRG, die unter dem Namen Varig fliegt, hat die täglichen Flüge zwischen Buenos Aires und Brasilien wieder aufgenommen. Bis Jahresende sollen es 98 Wochenflüge, vorerst 28, sein. Ab dem 3.12. werden es 42 Wochenflüge zwischen dem Aeroparque in Buenos Aires und Sao Paulo und Rio in Brasilien sein.

***

Durch Beschluss 341/07 und 342/07 des Landwirtschaftssekretariates wurden die Ausfuhrregister für Weizen und Sajabohnen, wenn auch mit Änderungen, wieder geöffnet. Früher konnten Exporteure einen Verkauf eintragen und innerhalb eines Jahres durchführen. Jetzt beträgt die Frist 90 Tage für Weizen und 150 Tage für Sojabohnen.

***

Der Staat hat die Fluggesellschaften Aerolíneas Argentinas und Austral mit U$S 1,15 Mio. bzw. U$S 1,43 Mio. Busse belegt. Ursache seien gesperrte und verspätete Flüge.

***

Die Provinz Buenos Aires hat ein neues Industriepark-Gesetz, das im Rahmen des Industrieförderungsgesetzes, neue Betriebseinteilungen einführt und die Amtswege für Niederlassungen vereinfacht und ordnet. Die Provinz hat derzeit 53 Betriebsgruppen in Industrieparks und geplanten Industriebereichen mit 33.000 Arbeitsplätzen. In den amtlichen Industrieparks befinden sich 419 Unternehmen mit 6.950 Arbeitsplätzen, in privaten Parks 264 Unternehmen mit 18.650 Stellen. In den geplanten Industriebereichen befinden sich 310 Unternehmen mit 7.300 Mitarbeitern. Für den Zeitraum 2006/8 ist die Schaffung und Erweiterung von 45 Industrieparks für 1.200 kleine und mittelständische Unternehmen mit 30.000 Arbeitsplätzen vorgesehen. Die Schaffung der Parks kann von Unternehmen, Kammern, Gemeinden, der Provinz oder dem Staat, beantragt werden.

***

Im 3. Quartal gab es 127 Streiks, um 14% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. 57% waren wegen Lohnerhöhungen, 19% wegen Arbeitskategorien und -vertretungen, der Rest wegen Entlassungen oder Unternehmensproblemen. Bei 30% wurde die Zwangsschlichtung angeordnet. 69% waren in der Privatwirtschaft, 31% in der staatlichen, wie die Gewerkschaftszentrale CTA mitteilt.

***

Die 2. Instanz hat zu Gunsten der Kabelfernsehunternehmen entschieden. Sie bestätigte das erstinstanzliche Urteil, demzufolge Fernsprechunternehmen keine Internet-Fernsehdienste anbieten dürfen.

***

Die gesamten Prämien für Lebens- und Ruhestandsversicherungen lagen in 12 Monaten zum 20.6.07 mit $ 6,05 Mrd. um 26% über der gleichen Vorjahresperiode. Bezogen auf 2003 beträgt die Zunahme 120%. Ingesamt verfügen 5,3 Mio. Personen über irgend eine Art von Versicherung dieses Typs, während es Mitte 2003 nur 2,3 Mio. waren. Die lokalen Lebensversicherungen konkurrieren mit den sogenannten „off shore-Verträgen“, die direkt durch Versicherungsgesellschaften im Ausland ausgestellt werden. Während der Konvertibilitätsperiode hatte sich das lokale Geschäft stark ausgeweitet; aber durch die Abwertung und Pesifizierung wurden die bei argentinischen Gesellschaften Versicherten geschädigt, wobei den Gesellschaften mit Sitz im Ausland ein triftiges Argument gegeben wurde, sich bei ihnen zu versichern.

***

Die Börse von Buenos Aires berichtet, dass die kotierenden Gesellschaften, die als führend bezeichnet werden, im 3. Quartal 07 einen Gesamtgewinn von $ 6,74 Mrd. erreichten, der um 16,3% unter dem Vorjahr lag, wobei der Rückgang bei Berücksichtigung der Inflation noch höher war. Bei den Banken wiesen Macro und BBVA Banco Francés Gewinnzunahmen aus, während Banco Galicia und Hipotecario weniger verdienten.

***

2 Monate nach der Ankündigung von Marfrig, dem 2.grössten Schlachthof Brasiliens und 4.grössten der Welt, dass er die Kontrolle von Quickfood, der die Paty Hamburger auf den Markt gebracht hat, übernehmen will, ist die Übernahme durchgeführt. Der Börse von Buenos Aires wurde mitgeteilt, dass Marfrig 70,51% von Quickfood für U$S 140,87 Mio. übernommen hat. In knapp 10 Jahren ist Marfrig so rasant gewachsen wie der in Brasilien Marktterste Friboi, der in Argentinien u.a. Swift gekauft hat. Marfig hat heute 9 Schlachthöfe in 6 Gliedstaaten Brasiliens, 5 Fleischverarbeitungsbetriebe für gekochtes Fleisch, Hamburger, Jerky, usw.), und 4 Betriebe in Uruguay: Tacuarembó, Cledinor vormals La Caballada, Colonia und Inaler. 3 davon wurden in diesem Jahr gekauft. In Chile besitzt er einen Hammelschlachthof. In Argentinien hatte er bis vor 2 Monaten nur den 06 gekauften AB&P. Jetzt hat er ausser den 4 Fabriken von Quickfood auch Estancias del Sur und Best Beef. 2007 hat Marfrig 7 Schlachthöfe gekauft und entwickelte sich von 13.700 Schlachtungen/Tag zu 21.100, bzw. von 324 t Rindfleisch/Tag zu 549 t/Tag.

***

Die niederländische ING Gruppe übernimmt die Rentenkasse Orígenes für U$S 280 Mio. Im Juli hatte ING Verhandlungen über den Kauf dieses Rentengeschäftes von Santander bekannt gegeben, nachdem sie bereits andere Rentenfonds der spanischen Santander in Lateinamerika für U$S 1,3 Mrd. gekauft hatte. ING ist jetzt das 2.grösste Unternehmen der Rentenbranche in diesem Gebiet. ING werde 59,2% des Renten- und Ruhestandsgeschäftes von Santander und 40,8% von ihrem Partner, der Bapro Gruppe und ihren Filialen, übernehmen. Sie wird 100% von der Rentenkasse Orígenes AFJP und der Ruhestandsversicherung Origenes besitzen. Orígenes verwaltet zum Juni 07 U$S 6,5 Mrd. und hat einen Nettogewinn von U$S 37 Mio. Mit dem Kauf fasst ING wieder Fuss in Argentinien, das es 05 aufgegeben hatte.

***

Der Absatz von Landmaschinen betrug im 3. Quartal $ 806,4 Mio., um 53,3% mehr als vor einem Jahr. 47,4% davon wurden im Inland herge-

Die spanischen Unternehmen in Lateinamerika

Spanische Unternehmen machen sich Sorgen über ihre hohen Investitionen in Lateinamerika, die insgesamt auf E 80 Mrd. geschätzt werden, davon E 32 Mrd. in Argentinien. Die Sorge ist nicht nur durch den Zwischenfall auf dem iberoamerikanischen Gipfeltreffen in Santiago de Chile zurückzuführen, bei dem König Juan Carlos den Präsidenten Chaves zurief, er solle schweigen, nachdem dieser den früheren Präsidenten Aznar als Faschisten beschimpft hatte. Auch der Präsident von Ecuador, Rafael Correa, hat sich bei dieser Gelegenheit abfällig über spanische Unternehmen geäussert, und Daniel Ortega von Nicaragua und Néstor Kirchner von Argentinien äusserten ebenfalls Kritik. Es war von einem spanischen Neokolonialismus die Rede, wobei Spanien die Rolle übernimmt, die früher die USA innehatten.

Der Präsident des spanischen Spitzenverbandes der Unternehmer (Confederación Española de Organizaciones Empresariales), Gerardo Diaz Ferrán, gab zu, dass eine grosse Sorge vorhanden sei, und sagte, es bestünde die Gefahr, dass sich am Ende die spanischen Unternehmen von Lateinamerika zurückziehen müssten. In Venezuela haben spanischen Unternehmen ab 1999 schätzungsweise u$s 1,7 Mrd. investiert. Repsol-YPF, die Banken Santander und BBVA, Mapfre, die Prisa-Gruppe u.a. Unternehmen sind dort tätig. Chavez hat bei seiner Rückkehr in Venezuela diese Unternehmen unterschwellig bedroht, und die spanische Regierung kann kaum etwas tun, wenn er gegen die Unternehmen vorgeht. Denn das Erdöl verleiht Chavez eine grosse Macht, die er mit Willkür ausübt.

In Argentinien haben sich spanische Unternehmen in den 90er Jahren stark engagiert, vornehmlich durch Privatisierungen. Repsol übernahm die lokale YPF voll, die 1993 privatisiert worden war, mit einem lokalen Kontrollpaket; Telefónica teilte sich mit Telecom die staatliche ENTel, und entwickelte danach auch den grössten Mobiltelefonbetreiber (Movistar); hinzu kamen noch spanische Unternhmen bei der Gasverteilung (Gas Natural BAN) und der Stromwirtschaft (Endesa). Aber ausserdem übernahmen spanische Banken lokale Grossbanken: Santander kaufte die Banco Rio de la Plata, und Bilbao Vizcaya die Banco Francés. Im Versicherungsbereich machte sich die spanische Mapfre einen Platz, und im Medienbereich die Firma Prisa. Auch die Bauunternehmen Abertis und OHV nahmen ihre Tätigkeit in Argentinien auf. Schliesslich hat die spanische Iberia 1991 das argentinische Luftfahrtunternehmen Aerolineas Argentinas übernommen, wobei nachher die spanische Marsans die lokale Firma, und auch Austral, kaufte.

Es bestehen Konflikte bei vielen dieser Unternehmen, vornehmlich Gas Natural und Endesa, die unter niedrigen politischen Tarifen leiden. Aber auch YPF muss einen politischen Preis für das Erdöl dulden, und will das Argentinien-Geschäft verringern, einmal durch Verkauf von 25% des Kapitals an einen Privatunternehmer Namens Eskenazi, der Kirchner nahe steht, und durch Unterbringung von 20% an der Börse. Bei Aerolineas Argentinas will die Regierung den Staatsanteil von 5% auf 20% erhöhen, aber gegen Verrechnung mit Schulden des Unternehmens an staatliche Stellen, die die Firma bestreitet. Die Banken erlitten hohe Verluste durch die Zwangsumwandlung von $ 1,40 je Dollar bei Depositen und $ 1 bei Krediten, wobei die Justiz eine Rückzahlung zu etwa $ 3 und mehr pro Dollar verfügt hat, und die Banken den Verlust tragen müssen. Die Differenz zwischen $ 1,40 und $ 1 wurde zum Teil mit Staatspapieren ausgeglichen, deren Marktwert unter Pari liegt, so dass ein Verlust entsteht. Wenn die Unternehmer Protest erheben, werden sie von Präsident Kirchner unter Druck gesetzt und bedroht. Und wenn sie nicht protestieren, geschieht eben nichts, und viele Probleme bleiben ungelöst. Die Lage ist nicht einfach. Die Unternehmer hoffen, dass sich die Einstellung der Regierung ihnen gegenüber unter Cristina Fernandez de Kirchner ändert. Das ist zunächst jedoch nur eine fromme Hoffnung.

stellt, wie das Statistikamt Indec veröffentlichte. Im Berichtszeitraum wurden 7.009 neue Maschinen in Betrieb genommen, um 29% mehr als vor einem Jahr. Davon waren 4.010 heimischer und 2.999 ausländischer Fertigung. Wertmässig waren 36,9% Traktoren, 24,6% Erntemaschinen, 22,2% Aussaatmaschinen und 16,3% Verschiedene. Nach Art der Maschinen, ohne Berücksichtigung ihres Wertes, wurden 3.086 Hilfsgeräte, 2.297 Traktoren, 1.212 Aussaatmaschinen und 414 Erntemaschinen verkauft.

***

Das Abgeordnetenhaus hat die Gesetzesvorlage zur Änderung der Vermögenssteuer angenommen. Das nicht steuerpflichtige Minimum wird abgeschafft und der steuerpflichtige Mindestbetrag von $ 102.300 auf $ 305.000 angehoben. Die Vorlage, die an den Senat weiter geleitet wurde, wurde von der Regierungsfraktion dahingehend geändert, dass der Mindestbetrag ab dem die Steuer auf das ganze Vermögen erhoben wird, von $ 300.001 auf $ 305.000 angehoben wurde. Die Opposition unterstützte die Vorlage, bis auf PRO, die forderte, dass die Steuer, wie bisher, nur auf die Beträge oberhalb der Mindestgrenze erhoben werde. Die Steuerpflichtigen müssen 0,5% des Vermögens von $ 305.000 bis $ 750.000 bezahlen, 0,75% der Vermögen von $ 750.000 bis $ 2 Mio. 1% auf Vermögen von $ 2-5 Mio. und 1,25% ab $ 5 Mio. Dier neuen Sätze sind rückwirkend ab dem 1.1.07.

***

Beinahe de inkognito kam der IWF Direktor für die westliche Halbkugel, Anoop Singh, nach Buenos Aires. Obwohl sein Besuch geheim gehalten wird, ist er reine Formsache: Die Vorstellung des regionalen Wirtschaftsberichtes. mit den Voraussagen über die Wirtschaftslage in Lateinamerika.

***

Die Regierung hat durch Beschluss 394/07 (Amstblatt vom 17.11.07) eine Erhöhung der Exportsteuern auf Erdöl und Erdölprodukte bekanntgegeben, um sich zusätzliche Fiskaleinnahmen zu beschaffen und zu verhindern, dass sich die Hausse auf dem Weltmarkt, auf den Inlandspreis überträgt. Bei Benzin ging es darum, die Export-steuer derjenigen des Erdöls anzupassen, da sich sonst beim Export ein Differentialgewinn ergibt. Die Regierung hofft, $ 3 Mrd. jährlich zusätzlich einzunehmen und den Preis für Benzin, Dieseltreibstoff, Kerosin und Schmierstoffe auf dem Inlandsmarkt stabil zu halten, wobei sogar die jüngsten Erhöhungen rückgängig gemacht werden sollen. Bei Rohöl wurde die Progression der Exportsteuer verstärkt. Bei einem Preis von u$s 100 je Barrel steigt die durchschnittliche Besteuerung von bisher 45% auf 58%. Bei einem Preis unter u$s 60,9 je Barrel beträgt die Steuer 45%, und unter u$s 45 muss der Satz noch bestimmt werden. Bei Benzin u.a. Erdölprodukten wird ein analoges System angewendet.

***

Der INDEC-Index über die wirtschaftliche Tätigkeit, genannt EMAE (Estimador Mensual de la Actividad Económica), der eine grobe Schätzung des BIP darstellt, lag im September 07 um 9,1% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 0,9% über August, womit die ersten 9 Monate um 8,5% über der gleichen Vorjahresperiode liegen. Für ganz 2007 wird mit einer Zunahme ähnlicher Grössenordnung gerechnet. Es wird somit das fünfte Jahr in Folge mit BIP-Zunahmen um 9% sein. Der Aufschwung begann im 2. Quartal 2002 und dauert jetzt schon 5,5 Jahre, was anormal lang ist. Nachdem der Schwung der aufstrebenden Konjunktur andauert, wird jetzt für 2008 mit einem etwas geringeren Wachstum als 2007 gerechnet. Das INDEC hat auch die Zunahme für August, die mit 9,2% angegeben worden war, auf 9% herabgesetzt.

***

3 Unternehmen haben die Lastenhefte für die Ausschreibung der Hochgeschwindigkeitsbahn von Buenos Aires nach Mar del Plata gekauft: Alstom (Frankreich), Siemens (Deutschland), und Construcciones Auxiliares de Ferrocarriles (Spanien). Die für den 29. Oktober vorgesehene Frist für die Einreichung der technischen Voraussetzungen der Bietenden wurde auf den 12. Dezember verschoben. Da Planungsminister de Vido auf seinem Posten bleibt, wird dieses unsinnige Projekt voraussichtlich weitergeführt, es sei denn, der neue Wirtschaftsminister Martín Lousteau opponiert und setzt sich durch.

***

Schatzsekretär Carlos Mosse verlässt sein Amt am 10. Dezember und wird Senator im Parlament der Provinz Buenos Aires. An seiner Stelle wird Juan Carlos Pezoa ernannt, gegenwärtig Interventor des Gaskontrollamtes Enargas (wo er nach dem Skanska-Skandal landete) und Vertrauensmann von Kabinettschef Alberto Fernandez. Pezoa war unter Wirtschaftsminiser Cavallo für die Beziehungen mit den Provinzen verantwortlich und verfügt über gute Kenntnisse der Staatsfinanzen.

***

Präsident Kirchner und seine Gattin Cristina waren am Donnerstag bei der Aufnahme des Baus der neuen Kfz-Fabrik der japanischen Honda anwesend, die Ende 2009 die Fabrikation aufnehmen soll, mit einer Kapazität von 30.000 Automobilen pro Jahr. Die verpflichtete Investition beträgt u$s 100 Mio. Honda beabsichtigt einen kompakten Personenwagen der Mittelklasse in Argentinien herzustellen. Die bestehenden lokalen Kfz-Fabriken arbeiten gegenwärtig mit einer Kapazitätsauslastung von 60% bis 70%, so dass eine weitere Fabrik sich negativ auf die bestehenden auswirkt. Diese Investition trägt nicht zum BIP-Wachstum bei.

***

Die anormale Kälte, die praktisch im ganzen Land letzte Woche einsetzte, mit Temperaturen von bis zu 3 Grad unter Null in verschiedenen Gegenden, hat den Anbau von Gemüse und Obst erneut geschädigt, so dass mit einem geringeren Angebot und eventuellen Preiszunahmen gerechnet wird.

***

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Wirtschaftsminister Martín Lousteau

Als Wirtschaftsminister hat Frau Cristina Fernández de Kirchner Martín Lousteau auserkoren, der gegenwärtig Präsident der Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO) ist. Er hat ein hervorragendes Curriculum: er schloss das Studium der Wirtschaftswissenschaften zunächst in der Universität San Andrés ab, die eine Qualitätsausbildung bietet. Danach hat er noch einen Mastertitel in der angesehenen London School of Economics erworben. Er hat zusammen mit Javier Gonzalez Fraga (ehemaliger ZB-Präsident unter Menem, vor der Konvertibilität) ein Buch verfasst, das den Titel "Ohne Abkürzungswege" ("Sin atajos") trägt, und die These vertritt, dass Versuche, um den Weg der Wirtschaftsentwicklung zu verkürzen, d.h. künstlich zu beschleunigen, schliesslich das Gegenteil bewirken. Er setzt sich somit für ein langfristiges Konzept der Wirtschaftspolitik ein, was genau das Gegenteil dessen ist, was Präsident Kirchner befürwortet hat.

Lousteau trat in die Staatsverwaltung als Berater von ZB-Präsident Alfonso de Prat Gay ein, wo er u.a. bei Verhandlungen mit dem IWF mitwirkte. Nachher wurde er unter Gouverneur Solá kurze Zeit Produktionsminister in der Provinz Buenos Aires, und sprang dann auf die Provinzbank über. Er war ein vorsichtiger Verwalter, der die Schuld der Bank mit der ZB, die aus der Krise von 2002 stammte, abgebaut hat, und am Schluss auch die Beteiligung an der Rentenkasse Origenes abgestossen hat. Das zeugt von einem klaren Konzept, nämlich der Festigung der Bank als solcher, und der Rückzug des Staates von anderen Geschäften.

Mit 36 Jahren gehört Lousteau zu der Gruppe der "jungen" Wirtschaftsminister. Nur José María Dagnino Pastore war etwas jünger, als er 1969 zum ersten Mal für dieses Amt bestellt wurde. Aber nicht viel älter waren Federico Pinedo (1935), Adalbert Krieger Vasena (1957), Roberto Alemann (1961) und José Alfredo Martinez de Hoz (1963). Alle wurde später ein zweites Mal zu Wirtschaftsministern ernannt.

Wie weit er jetzt wirklich als Wirtschaftsminister tätig sein kann, und nicht einfach als ein Luxussekretär, wie es betont bei Felisa Miceli und Miguel Peirano der Fall war, muss sich noch zeigen. Néstor Kirchner hat selber die wichtigen Entscheidungen getroffen; am Anfang hatte der von Duhalde übernommene Wirtschaftsminister Roberto Lavagna noch einen weiteren Spielraum, was Kirchner jedoch missfiel, so dass er ihn schliesslich entliess und die gehorsame F. Miceli an seiner Stelle ernannte. Kirchner unterhielt direkte Beziehungen zum Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno, der faktisch zu einem Parallelminister wurde und sich in allerlei Themen einmischte, die nicht in seinen Kompetenzbereich gehörten, wie die Preisstatistik und die Subventionen für bestimmte Bereiche der Landwirtschaft. Ausserdem erhält Kirchner einen direkten Bericht über die Staatsfinanzen von Schatzsekretär Carlos Mosse. Gelegentlich hat er auch sonst den Wirtschaftminister übersprungen. Man kann annehmen, dass Frau Cristina sich weniger einmischt als ihr Gatte, und Respekt vor einem gut ausgebildeten Fachmann hat, wie es Lousteau ist. Wie weit jedoch ihr Gatte weiterhin mitmischt, direkt oder über Kabinettschef Alberto

MAXINTA
Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa
Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan
Sarmiento 378 6º y 7º 4334-4400

Fernández oder Planungsminister Julio de Vido, sei dahingestellt.

Das unmittelbare Problem, das auf den jungen Wirtschaftsminister zukommt, ist die Lohnfrage, die die Inflation weitgehend bestimmt. Indessen entscheidet er hier nur zum Teil, obwohl er die Präsidenten und andere Minister beeinflussen kann. Carlos Tomada bleibt als Arbeitsminister, und das ist ein schlechtes Zeichen, da dieser stets gewerkschaftshörig war und die Tendenz gefördert hat, die Arbeit zu verteuern, durch allerlei Gesetze zum Schutz des Arbeitnehmers. Das Ergebnis ist dann mehr Schwarzarbeit und weniger Beschäftigung. Tomada hat besonders die Reform des Gesetzes über Arbeitsrisiken hinausgeschoben, obwohl die Lösung des Problems sehr einfach ist, nämlich, dass der Arbeitnehmer zwischen der Entschädigung, die das Gesetz vorsieht, und dem Prozessweg wählen muss, aber nicht beides beanspruchen kann. Das Projekt schläft im Kongress. Wie weit sich der junge Lousteau gegenüber einem alten Fuchs wie Tomada durchsetzen kann, sei vorerst dahingestellt. Wenn er diese erste Schlacht verliert, ist sein Schicksal besiegelt, da er dann für die steigende Inflation verantwortlich gemacht wird, die die Folge einer weichen Lohnpolitik ist.

Ein fragwürdiger Sozialpakt

Nachdem Cristina Fernandez de Kirchner die Initiative eines Sozialpaktes, gelegentlich auch Konzertation genannt, schon vor einigen Wochen lanciert hat, machen sich Politiker, Unternehmer, Gewerkschafter, Wirtschaftler u.a. Gedanken über Sinn und Inhalt eines derartigen Instrumentes der Wirtschaftspolitik. Unterschwellig tritt dabei die Erinnerung an den Pakt von La Moncloa auf, der 1976 in Spanien unter Spitzenpolitikern, und nicht unter Sozialpartnern, abgeschlossen wurde, um der Regierung den Rückhalt zu geben, damit sie sich gegenüber den Gewerkschaften durchsetzen konnte, die nach dem Tode von Franco im Jahr 1975 mit grosser effektiver Macht aufgetreten waren und die Löhne derart in die Höhe getrieben hatten, dass die Inflation schon fast eine Rate von 50% jährlich erreicht hatte. Die spanischen Politiker begriffen damals, dass sie zeigen mussten, dass auch eine demokratische Regierung fähig war, vernünftig zu regieren, also auf alle Fälle bei niedriger oder gar keiner Inflation. Der Pakt war schliesslich erfolgreich, da die schwache Suarez-Regierung die Gewerkschaften bändigen konnte.

In Argentinien liegt der Fall jetzt grundsätzlich anders. Die grossen politischen Parteien bestehen kaum noch, und es ist schwer, Oppositionspolitiker zu finden, die bereit sind, die Regierung zu unterstützen und dabei auch einen Teil der politischen Kosten zu tragen, die die Bekämpfung der Inflation und die Unterstützung der wirtschaftlichen Rationalität mit sich bringen. Die Regierung kann bestenfalls erwarten, dass die eigene Truppe mitmacht, und wohl auch nicht ganz, da viele Politiker der Regierungspartei „Front für den Sieg“ aus dem Gewerkschaftslager stammen, oder sehr links liegen, oder eigenartige, oft korporative, Vorstellungen über Wirtschaft haben. Die Regierung muss somit die politischen Kosten allein tragen und von ihren Leuten Gehorsam fordern, wie es unter Perón der Fall war und es Kirchner auch zu tun pflegt. Seine Gattin müsste jedoch jetzt viel härter auftreten, da die Möglichkeiten, Lohnerhöhungen mit starken Produktionszunahmen auszugleichen und den durch die Megaabwertung von 2002 entstandenen Reallohnverlust aufzuholen, aufgebraucht sind.

Hier wird vornehmlich an ein Abkommen zwischen den Sozialpartnern, also Unternehmern und Gewerkschaften, bei Mitwirkung der Regierung gedacht, die in diesem Fall die Konsumenten und die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft vertritt. Eventuell können noch andere Gruppen mitwirken, wie Akademiker, selbstständig Tätige und Landwirte, die unter den Unternehmern eine gesonderte Gruppe bilden. Grundsätzlich geht es um die Eindämmung der Lohnerhöhungen, die sonst ausufern und die Inflation anheizen. Wenn mehr Gruppen an dieser Konzertation mitwirken, verlieren die Gewerkschaften an Kraft, da sie dann zumindest bei den Verhandlungen eine Minderheit sind.

Dennoch will kein Unternehmer öffentlich zugeben, dass dies der Kernpunkt des Sozialabkommens ist. Einige haben sogar erklärt, dass ein Abkommen, dass sich nur auf Löhne und Preise beziehe, keinen Sinn habe. Deshalb ist davon die Rede, dass das Abkommen umfangreicher sein müsste, und auch die Investitionspolitik, die Kreditpolitik, die Industriepolitik, die Landwirtschaftspolitik u.a. Themen umfassen sollte. Manche Unternehmer befürworten die These, dass die Inflation vornehmlich mit Investitionen bekämpft werden muss, weil dadurch das Angebot erhöht wird. Auch Cristina Kirchner hat gelegentlich diesen Gedanken aufgenommen. Wie weit die Unternehmer selber an diese primitive Vorstellung glauben, sei dahingestellt; aber manche meinen, im Rahmen einer Politik der Investitionsförderung können sie Steuervergünstigungen und weiche Kredite (zu Zinssätzen, die unter der Inflationsrate liegen) erwarten, so dass sie auf alle Fälle einen Vorteil erhalten. Investitionen sind für das Wachstum der Wirtschaft unerlässlich; aber auf die Preisentwicklung haben sie keinen Einfluss; und auch wenn die einzelnen Investitionsobjekte vollendet sind, nur dann, wenn es sich dabei auch um kostensenkende Investitionen handelt, was auch Infrastruktur-investitionen umfasst, die Effizienzgewinne in Unternehmen verschiedener Art herbeiführen.

Bei der Lohnpolitik geht es einfach darum, eine mehr oder weniger willkürliche Höchstgrenze für die Erhöhungen von 2008 festzulegen, auf alle Fälle nicht über 10%. Wenn die Regierung und die Unternehmer auf die Gewerkschaftsthese eingehen, dass die Lohnerhöhungen einmal die vergangene Inflation (seit dem letzten Abkommen) voll ausgleichen müssen, und dann noch ein Zusatz (es war die Rede von 4 Punkten) hinzukommt, als Anteil an der Produktivitätszunahme und den Effizienzgewinnen, und auch um eine gleichmässigere Einkommensverteilung zu erreichen, ist der Kampf gegen die Inflation verloren. Denn man muss davon ausgehen, dass es Inflation minus einige Punkte sein sollte, weil Tariferhöhungen fällig sind, die Commodity-Hausse sich nicht voll ausgewirkt hat und eine zurückgestaute Inflation besteht, die gelegentlich an die Oberfläche tritt. Eventuell kann ein Teil dieser Kostenerhöhungen durch höhere Produktivität ausgeglichen werden, wie es in den USA der Fall ist, wo die Produktivität der Industrie im 3. Quartal 2007 um fast 5% über der gleichen Vorjahresperiode liegt.

Die Gewerkschaften gehen nicht auf die falsche Preisstatistik der Regierung ein, und haben sich schon in diesem Sinn geäussert. Hier stehen mindestens 5 Punkte auf dem Spiel. Und wenn sie noch die anderen Faktoren berücksichtigen, auf die wir hingewiesen haben, so gelangen sie am Ende auf Lohnerhöhungen von über 20%. Die Gewerkschaftsführer reden ständig von einer Grössenordnung von 30%, mit nachfolgender automatischer Indexierung, womit sie schliesslich erreichen, dass dies als eine Tatsache anerkannt wird, an der sich nichts ändern lässt.

Bei einem Sozialpakt geht es auch darum, dass die Regierung Einkommenspolitik betreibt, also den Wechselkurs beherrscht und nur wenig abwertet, die Preise der landwirtschaftlichen Exportcommodities mit Exportzöllen steuert, die Öffnung der Wirtschaft vorantreibt und die interne Konkurrenz fördert. Dass es dabei auch zu Preisabkommen kommt, ist schwer zu vermeiden, obwohl diese wenig nützen und im Grunde nur störend wirken. Die Lohnpolitik muss auf alle Fälle in ein Gesamtkonzept eingebettet werden, bei dem nicht nur von den Arbeitnehmern, sondern von Unternehmern und der Gesellschaft im allgemeinen eine Zurückstellung der Erwartungen gefordert wird. Bei einer Einkommenspolitik nehmen jedoch nicht nur die Gewerkschaften gegen die Regierung Stellung, sondern auch Landwirte, die den vollen Preis ihrer Produkte beanspruchen, und auch Industrieunternehmer, die sich gegen Konkurrenz von Importwaren sträuben. Das macht einen Sozialpakt besonders schwierig. Wenn jede Gruppe ihr Eigeninteresse dem Gesamtinteresse der Gesellschaft voranstellt, dann ergibt die Summe der Teile mehr als das Ganze, und das bedeutet zunehmende Inflation.

Allgemein besteht eine grosse Skepsis über die Möglichkeit, einen Sozialpakt abzuschliessen, umso mehr als diese Regierung grosse Schwächen bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik auf-

LANXESS
Energizing Chemistry
La química mueve el mundo.
LANXESS mueve la química.
www.lanxess.com

weist, mit Verzögerungen, widersprüchlichen Massnahmen, Nachgiebigkeit gegenüber Gewerkschaften und anderen Gruppen, die ihre Forderungen mit Gewalt durchsetzen wollen, und Korruption. Denn ein Sozialpakt muss nachher auch konkret verwaltet werden, und das ist nicht einfach. Aber auf der anderen Seite bleibt eben nichts anderes übrig, als es zu versuchen. Denn die Alternative ist eine selbstbeschleunigende Inflation, die zwei Möglichkeiten stellt: einmal eine akute Rezession, die diesem teuflischen Karussell ein Ende setzt, oder Hyperinflation, die schliesslich eine noch schlimmere Rezession, begleitet von chaotischen Zuständen, zur Folge hat. Das führt dann zu einer Regierung mit harter Hand. Wie es Aristóteles schon sagte: wenn die Demokratie in Anarchie ausartet, folgt die Diktatur. Die Politiker sollten über diesen Punkt nachdenken.

Die argentinischen Sonderkosten

Vor der Menem-Regierung wiesen Industrieunternehmer auf die hohen Sonderkosten hin, die sie belasteten, für die sie den Ausdruck "argentinische Kosten" geprägt hatten. In der Tat konnte ein Unternehmer damals noch so effizient sein, seine Kosten lagen jedoch schliesslich wesentlich über dem international üblichen Niveau. Das wurde gelegentlich durch einen real ausserordentlich hohen Wechselkurs und/oder durch direkte oder verkappte Subventionen (wie sie u.a. bei künstlich niedrigen Energiepreisen bestehen) vertuscht, tauchte jedoch bei Normalisierung der Verhältnisse immer wieder auf.

Wenn Argentinien sich damit abfindet, ein Land mit niedrigen Löhnen zu sein, was meistens die Kehrseite des real hohen Wechselkurses ist, dann haben diese argentinischen Kosten eine zweitrangige Bedeutung. Aber Argentinien hat eine weitgehend gut ausgebildete und gesunde Bevölkerung, die nicht so sehr anders als die von Europa ist, und sollte sich nicht damit zufrieden geben, auf Grund niedriger Löhne zu konkurrieren, wie es andere Staaten, angefangen mit China und Indien, tun. Dies würde hier zu explosiven sozialen Spannungen führen. Die argentinische Gesellschaft beansprucht mit Recht ein höheres Niveau als die Billiglohnländer, und das ist gut so. Das erfordert jedoch, dass die Wirtschaft dem Effizienzprinzip hohe Geltung einräumt, was in der Praxis nur beschränkt der Fall ist. Effizienz wird hier gelegentlich mit Ausbeutung der Arbeiter oder einer industriefeindlichen Haltung gleichgestellt und im politischen Jargon sogar als Schimpfwort verwendet. Auch bei vielen Berufswirtschaftlern ist der Begriff der Effizienz eher verschwommen.

Die "argentinischen Kosten" sind in den 90er Jahren weitgehend abgeschafft worden. Die starke Öffnung der Wirtschaft hat dazu geführt, dass ein Industriebetrieb nicht mehr so stark durch teure Rohstoffe und Halbfabrikate belastet ist, die er vorher nur im Inland beziehen konnte. Das Paradebeispiel sind Automobile, die im Verhältnis zu den Preisen in den Ursprungsländern der einzelnen Modelle viel billiger geworden sind, dafür aber einen viel höheren Anteil importierter Teile haben. Ausserdem produzieren die lokalen Fabriken weniger Modelle als früher, die sie zum Teil auch exportieren, wobei sei auf der anderen Seite andere Modelle importieren. Diese Spezialisierung hat sich auch kostensenkend ausgewirkt.

Ebenfalls haben die Privatisierung und Deregulierung der Menem-Regierung "argentinische Kosten" abgeschafft, die die Privatunternehmen wegen staatlicher Intervention und mangelhafter Leistung staatlicher Unternehmen, vor allem bei öffentlichen Diensten, erlitten. Der Staat ist immanent ineffizient; je mehr Staat, umso geringer die gesamtwirtschaftliche Effizienz, und das kommt zum grossen Teil in Zusatzkosten bei Unternehmen zum Ausdruck. In den letzten Jahre fand ein Durchbruch in die falsche Richtung statt, mit mehr Staatsintervention, einem vergrösserten Staat und Rückverstaatlichungen plus Schaffung neuer Staatsunternehmen.

Die Hafenreform der Menem-Regierung, mit totaler Deregulierung und Privatisierung, hat die Verschiffungs- und Entladungsundskosten auf einen Bruchteil gesenkt, so dass die argentinischen Häfen, vor allem der von Buenos Aires, die vorher als "schmutzig" bezeichnet wurden (weil sie sehr teuer waren), zu den billigsten der Welt gehören. Dass Buenos Aires als Flusshafen mit geringer Tiefe für grosse Frachter nicht geeignet ist, ist ein anderes Problem. Die Naturgegebenheiten sind bei Montevideo und auch bei Bahía Blanca unverhältnismässig günstiger. Auch La Plata weist günstigere Bedingungen auf als Buenos Aires, weshalb stets davon die Rede ist, diesen Hafen auszubauen und die Tätigkeit in Buenos Aires einzuschränken.

Was die Arbeitskraft betrifft, so wurden in den 90er Jahren grosse Fortschritte gemacht, die zum grossen Teil von der harten Konkurrenz aufgezwungen wurden, der die Unternehmen unterstellt wurden. Die Stahlindustrie hat die Zahl der Arbeiter pro Tonne Stahl oder Stahlprodukte stark gesenkt und eine Produktivitätserhöhung von 100% bis 200% erreicht. Das gelang zum Teil durch Einsatz moderner Technologie, aber im Wesen durch die Einführung des Systems, gemäss dem eine Gruppe von Arbeitern für verschiedene Tätigkeiten eingesetzt wird, und jeweils dort tätig ist, wo sie notwendig ist. Früher war ein Arbeiter nur für ganz besimmte Funktionen zuständig, und wenn keine Arbeit für ihn vorhanden war, tat er eben gar nichts. Faktisch ging die Lohnverhandlung weitgehend von der Branchenebene auf die Unternehmensebene über, was im Arbeitsgesetz von De la Rua schliesslich auch in die Gesetzgebung aufgenommen wurde. Das wurde dann unter Kirchner rückgängig gemacht; doch faktisch haben die Unternehmensabkommen weiter Vorrang. Unter Menem wurde das Indexierungsprinzip durch das Produktivitätsprinzip ersetzt, was die Lohndiskussion grundsätzlich änderte. Ebenfalls wurde die Gesetzgebung in vielen anderen Aspekten flexibler gestaltet.

Die technologische Revolution der 90er Jahre hat ebenfalls zum Verschwinden der argentinischen Kosten beigetragen. Hier zeigte es sich als ein grosser Vorteil, dass die Bevölkerung weitgehend eine gute Ausbildung genossen hatte und intelligent ist, so dass die neue Technologie, vor allem auf dem Gebiet der Informatik, ohne Schwierigkeiten aufgenommen wurde und sich schnell verbreitete. Dies hat, zusammen mit der Modernisierung des Fernverbindungswesens, in vieler Hinsicht der Effizienz einen Riesenschub gegeben. Was Informatik betrifft, so gehört Argentinien mit Indien und zum Teil auch Irland zu den Ländern, auf die diese Tätigkeit von den USA u.a. fortgeschrittenen Staaten verlagert wird, so dass Informatik auch zunehmend exportiert wird.

Trotz der grossen Fortschritte, die in den 90er Jahren stattgefunden haben, bestehen jedoch immer noch jene "argentinischen Kosten", die die Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen, wobei einige nach 2001 und besonders unter der Kirchner-Regierung neu aufgetaucht sind. Die Rechtssicherheit, die bei langfristigen Investitionen, Krediten und vielen Verträgen eine wesentliche Rolle spielt, hat 2002 durch den einseitigen Bruch der Konzessionsverträge, die vom Parlament genehmigt worden waren, das Default, die Pesifizierung und Depositeneinfrierung, und zahlreiche andere Rechtsbrüche, schweren Schaden erlitten. Der Kredit- und Kapitalmarkt ist daraufhin geschrumpft, so dass die Finanzierungsmöglichkeit der Unternehmen geringer geworden sind, was im Endeffekt eine teurere Finanzierung bedeutet, wobei die nicht erhältliche Finanzierung die teuerste von allen ist. Peter Drucker hat vor vielen Jahren, bei Untersuchung der Faktoren, die in einzelnen Ländern ausschlaggebend für ihre Konkurrenzfähigkeit sind, festgestellt, dass in Japan die hohe Verfügbarkeit über finanzielle Mittel zu extrem niedrigen Zinsen ein entscheidender Faktor sei. Argentinien liegt hier am anderen Extrem, und es wird gewiss nicht einfach sein, dies mittelfristig zu überwinden.

Unternehmer fordern gelegentlich, direkt oder unterschwellig, dass mittel- und langfristige Kredite zu niedrigen Zinsen auf der Grundlage von Geldschöpfung der ZB gewährt werden. Das würde jedoch eine monetäre Expansion herbeiführen, mit einer Zunahme des Geldaggregates M2 (Banknoten in Händen des Publikums plus Sicht- und Spardepositen), das die ZB als Richtlinie verwendet, die zunächst über der nominellen Zunahme des BIP liegen würde, also genau das Gegenteil der gegenwärtigen ZB-Politik. Dies würde die Inflation von der Nachfrageseite anheizen.

Man muss schon etwas weiter denken, um Lösungen zu finden, die es gewiss gibt, auch wenn die Wirkung beschränkt ist. Angeblich will Frau Cristina die Rückkehr von schwarzen Geldern erleichtern, die im Ausland deponiert oder angelegt sind. Das wäre eine Möglichkeit; aber es gibt noch weitere, auf die wir an dieser Stelle schon hingewiesen haben.

In den letzten Jahren hat auch eine regressive Tendenz bei der Arbeitsgesetzgebung eingesetzt, die wieder starrer geworden ist und die Arbeitskraft abgesehen vom Lohn verteuert hat. Ebenfalls besteht Knappheit an gelernten und halbwegs qualifizierten Arbeitskräften, was sich auch negativ auswirkt. Die Kirchner-Regierung hat schon Anstrengungen für eine besser Fachausbildung unternommen. Aber es muss noch viel mehr getan werden, angefangen mit einer qualitativen Verbesserung der staatlichen Primarschulen.

Will man konkurrenzfähig bei angemessenen Löhnen sein, so muss man vorerst begreifen, was Effizienz bedeutet, und auf verschiedenen Gebieten in diesem Sinn vorgehen. Das ist im Zeitalter der Informatik einfacher geworden, muss dennoch konsequent vorangetrieben werden. Wenn man bemerkt, dass sich die lokale Diskussion über Konkurrenzfähigkeit weitgehend auf den Wechselkurs beschränkt, und unterschwellig eine Abwertung gefordert wird, dann merkt man, dass der Effizienzgedanke nicht begriffen worden ist. Dabei muss man sich der Tatsache bewusst sein, dass Stabilität Effizienz schafft, weil dies die Voraussetzung für eine genauere Kostenrechnung ist. Im gleichen Sinn wirken stabile Spielregeln für die Wirtschaft.